Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

grün.

Nr.14 | Januar 2014

STOPP FRACKING

Initiative jetzt unterschreiben!

Rahel Ruch, Mitglied leitender Ausschuss GB, und Blaise Kropf, Grossrat Grüne, setzen sich auf allen Ebenen für Chancengleichheit ein.

stand.
Nico Lutz
● Löhne schützen – Fremdenfeindlichkeit verhindern

mittel.
Blaise Kropf
● Berner Sozialwesen: Ein Bericht über Stagnation

bern.
Rahel Ruch
● Günstige Wohnungen statt fette Gewinne

Löhne schützen – Fremdenfeindlichkeit verhindern

Ohne Ausbau der flankierenden Massnahmen (FLAM) wird es kaum Mehrheiten für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit geben. Dafür aber mehr Fremdenfeindlichkeit.

Mehr als 15'000 Personen demonstrierten am 21. September in Bern für einen besseren Schutz vor Lohndumping.

Die Gewerkschaften, die Grünen, die SP – sie sind grundsätzlich für die Personenfreizügigkeit. Jahrelang haben sie sich dafür eingesetzt, den menschenunwürdigen Saisonnier-Kontingenten ein Ende zu setzen. Doch gleichzeitig ist klar: Die Personenfreizügigkeit setzt Arbeitnehmende unter Druck. Darum braucht es wirksame flankierende Massnahmen (FLAM). Wenn es nicht mehr gelingt, dafür zu sorgen, dass in der Schweiz «Schweizer Löhne» bezahlt werden, dann ist die Personenfreizügigkeit in Gefahr.

Das bisherige Instrumentarium hat einigermassen funktioniert. Doch heute stecken weite Teile der europäischen Wirtschaft in einer Krise. Da greifen die aktuellen FLAM zu kurz. Konkret: Wenn KollegInnen aus Polen oder Portugal als Scheinselbstständige zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen, dann bringt es wenig, im Ausland die Bücher dieser dubiosen Unternehmen zu kontrollieren. Eine Busse werden sie kaum je bezahlen. Deshalb muss man im Schweizer Gesetz vorsehen, dass die Arbeiten unterbrochen werden, bis die Missstände behoben sind. Dann hätten nämlich alle ein grosses Interesse daran, rasche Lösungen zu finden. Ausserdem braucht es härtere Strafen (maximale Busse heute: 5000 Franken) und mehr Kontrollen. Doch statt Lösungen anzugehen, bleiben die Köpfe der Behörden und der bürgerlichen Parteien weiterhin im Schlafmodus und verweigern notwendige Verbesserungen.

Profitieren werden davon die Fremdenfeinde, welche sich übrigens seit jeher gegen wirksame FLAM ausgesprochen haben. Das Problem sind nicht unsere ausländischen KollegInnen, die in der Schweiz für Hungerlöhne schuften. Das Problem sind Unternehmen, die miese Löhne zahlen, um ihre Gewinne zu steigern und damit Schweizer ArbeitnehmerInnen unter Druck setzen. Darum: Wer die Abschottungsinitiativen der SVP bekämpfen und eine Perspektive für die Personenfreizügigkeit will, der muss heute den Lohnschutz in der Schweiz ausbauen.

Nico Lutz, GB-Mitglied,
Leiter Sektor Bau Gewerkschaft Unia

Abstimmungen vom 9. Februar

Stadt

- Neues Tierparkreglement: **JA**

Kantonal

- Hooligankonkordat: **NEIN**

National

- Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) **JA**
- Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»: **NEIN**
- Initiative «Gegen Masseneinwanderung»: **NEIN**

«Das Grüne Bündnis setzt sich mit Engagement und Sachkompetenz für Chancengleichheit, Bildung und ökologische Innovation ein. Als urbane Kraft vertritt das GB die Anliegen der fortschrittlichen Region Bern. Hier braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum, wie dies unsere Wohn-Initiative fordert. Besten Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!»
Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, GB-Präsidentin

Sozial und ökologisch: Grünes Bündnis wählen!

Mehr oder weniger Bildung? Mehr oder weniger Chancengleichheit? Erneuerbare Energie oder weiterhin AKW? Diese Fragen werden am 30. März im Kanton Bern entschieden. Entscheiden Sie mit und wählen Sie das Grüne Bündnis.

Am 30. März werden im Kanton Bern mit den Grossratswahlen die politischen Weichen neu gestellt. Vier Jahre erdrückende bürgerliche Mehrheiten zeigen deutlich, weshalb es unbedingt eine Stärkung der ökologischen und sozialen Kräfte braucht. Der überfällige Ausstieg aus der Atomenergie wird verzögert. Der Umstieg auf erneuerbare Energien kommt nur schleppend voran. Hier müssen wir handeln! Mit der «Stopp-Fracking-Initiative» der Grünen Kanton Bern wollen wir umweltgefährdende Gasförderexperimente verhindern. Klimaschutz, ein sorgsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen und fair produzierte Lebensmittel aus der Region – dafür steht das GB ein.

Im Kanton Bern hat in den letzten Jahren ein massiver Umverteilungsprozess stattgefunden. Reiche werden reicher, Arme hingegen zahlreicher. Nach mehreren Steuersenkungen, die einigen wenigen Reichen zu Gute kamen, folgen jetzt massive Sparprogramme. Vielen Familien und der unteren Mittelschicht werden die Prämienverbilligungen für die Krankenkasse gestrichen. Im Alters-, Sozial- und Bildungsbereich werden Leistungen abgebaut, was Pflegebedürftige, deren Angehörige, aber auch junge Menschen in Ausbildung spüren werden. Mit einer engagierten Kampagne wollen wir die ökologischen und sozialen Kräfte im Kanton Bern stärken. Mit Ihrer Stimme oder einer Spende helfen Sie uns dabei. Besten Dank!

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, GB-Präsidentin

aktions.

● **Für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern**
Wer das GB beim Wahlkampf unterstützen will, kann sich auf dem GB-Sekretariat melden. (info@gbbern.ch, 031 301 82 09).

«Gerade in Zeiten der Pränataldiagnostik müssen wir uns dafür einsetzen, dass den Frauen die Entscheidungskompetenz über ihren Körper kompromisslos zugestanden wird. Das GB lehnt deshalb die reaktionäre Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ab und wird auch einen Zwang zum Schwangerschaftsabbruch dezidiert bekämpfen.»
Regula Bühlmann, GB-Grossratskandidatin, Fachfrau Gleichstellung

Mein Körper gehört dir?

Eine Initiative will betroffenen Frauen die Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen übertragen, während die Pränataldiagnostik die Gefahr eines Zwangs zur Abtreibung birgt.

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», die am 9. Februar zur Abstimmung kommt, argumentiert mit den Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen. Indem die betroffenen Frauen diese selbst übernehmen müssten, sollen die Krankenkassenprämien gesenkt werden. Dies ist jedoch ein Scheinargument: Die sowohl ethisch als auch medizinisch gefährliche Gegenüberstellung der Kosten zeigt, dass eine Abtreibung weniger kostet als Schwangerschaft und Geburt.

Hinter dem Begehren «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» stecken also vielmehr politisch reaktionäre und religiöse Tendenzen: Die Selbstbestimmung der Frauen, die in den 1970er-Jahren erkämpft worden ist, soll schrittweise wieder aufgehoben werden.

In der Diskussion über Selbstbestimmung dürfen wir aber nicht vergessen, dass diese heute nicht mehr dasselbe bedeutet wie vor 40 Jahren: Neue Möglichkeiten der Pränataldiagnostik bergen die Gefahr eines Zwangs zur Abtreibung. Nicht mehr die einzelnen Frauen und ihre PartnerInnen entscheiden darüber, ob neues Leben für sie tragbar ist, sondern die Gesellschaft entscheidet, was erwünschtes, wirtschaftlich produktives und was unerwünschtes, Kosten verursachendes Leben ist. In der Diskussion um diesen Widerspruch muss sich eine linke Politik kompromisslos für die Anerkennung der Entscheidungsfähigkeit und -berechtigung von Frauen einsetzen.

Ein Nein zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist ein notwendiger Schritt dazu.

Regula Bühlmann, GB-Grossratskandidatin, Fachfrau Gleichstellung

Berner Sozialwesen: Ein Be

Institutionelle Integrationsangebote

Institutionelle Integrationsangebote wie beispielsweise Kindertagesstätten oder die Gemeinwesen- und die offene Kinder- und Jugendarbeit tragen viel zur Armutsprophylaxe bei. Doch auch hier ist die Bilanz der letzten Jahre eher ernüchternd. Zwar hat der Kanton Bern seinen Mitteleinsatz bei den Kindertagesstätten ausgebaut und gibt derzeit rund 56 Mio. Franken für die Kita-Finanzierung aus; allerdings waren zu wenig Mittel verfügbar, um den nötigen Ausbau zu realisieren: So stand im Jahr 2013 überhaupt kein Geld für die Schaffung neuer Kita-Plätze zur Verfügung; die Kosten der in den Jahren 2010–2012 abgelehnten Gesuche liegen bei rund 17 Mio. Franken. Seit der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich müssen die Gemeinden für Kita-Plätze einen Selbstbehalt von 20 Prozent tragen, was den Ausbau des Angebots hemmt; Gemeinden überlegen sich heute zweimal, ob sie wirklich in die Schaffung neuer Kita-Plätze investieren wollen. Bei der Gemeinwesenarbeit hat die Streichung des Angebots aus dem Lastenausgleich den finanziellen Druck auf die Institutionen erhöht. In der Stadt Bern konnte dank der Übernahme der Finanzierung durch die Gemeinde ein Kahlschlag zwar vorerst verhindert werden. Gleichwohl: Der Kanton hat sich mit seinem Entscheid von der Mitfinanzierung einer solidarischen Integrationspolitik verabschiedet.

Die Bilanz zur Berner Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts fällt ernüchternd aus. Von der geplanten Halbierung der Armut ist der Kanton Bern weiter entfernt denn je. Wenn aus dem Ziel jemals Realität werden soll, dann müssen die sozialpolitischen Weichen neu gestellt werden.

Der Armutsbericht 2012 des Regierungsrates zeigt: Das Armutsrisiko ist im Kanton Bern im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gewachsen. Waren im Jahr 2001 noch weniger als 10 Prozent der Haushalte arm oder armutsgefährdet, so lag der Wert 2010 bereits bei 12,1 Prozent. Kein Wunder: Das verfügbare Einkommen der einkommensschwächsten 10 Prozent der Haushalte ist im erwähnten Zeitraum teuerungsbereinigt um 20 Prozent gesunken. Die mittleren und oberen Einkommensschichten konnten ihr verfügbares Einkommen währenddessen halten oder gar verbessern. Von der 2009 in Aussicht gestellten Halbierung der Armut innerhalb von zehn Jahren ist der Kanton Bern weit entfernt. Worauf ist dies zurückzuführen? Wo sind welche Fehler passiert? Und welche Instrumente versprechen eine Verbesserung der Situation?

Verschärfung der Sozialhilfepraxis

Hatte der Regierungsrat im Vortrag zum Fürsorgegesetz von 1960 noch ein Bekenntnis zur «Gewaltlosigkeit der Fürsorge» abgegeben, so hat sich die Gangart in der Sozialhilfe seit dem Jahr 2000 verschärft. Die Revision des Sozialhilfegesetzes von 2001 war der Wendepunkt hin zur «aktivierenden Sozialhilfe»; die Erneuerung der SKOS-Richtlinien im Jahr 2005 beförderte diesen Prozess zusätzlich. Bei der Sozialhilfegesetzrevision 2011 höhlte der Grosse Rat den Datenschutz aus, indem er die Abgabe einer generellen Vollmacht zur Informationsbeschaffung zur Voraussetzung für den Sozialhilfebezug machte. Der letzte Streich erfolgte jüngst mit der Überweisung der Motion Studer, welche eine zehnprozentige Senkung der Sozialhilfe gegenüber den SKOS-Richtlinien forderte. Die Überweisung dieses Vorstosses ist eine üble sozialpolitische Zäsur für die ganze Schweiz.

EL für Familien – eine Leidensgeschichte

Ein geeignetes Instrument zur Vermeidung von Armut wären Ergänzungsleistungen (EL) für Familien. Die Kantone Genf, Solothurn, Tessin und Waadt machen damit ausgezeichnete Erfahrungen. Der Berner Grosse Rat überwies deshalb 2009 einen parlamentarischen Vorstoss, der die Etablierung eines vergleichbaren Systems forderte. Nachdem der Regierungsrat 2011 kundgetan hatte, den Parlamentsauftrag aufgrund der angespannten Finanzlage nicht erfüllen zu wollen, überwies der Grosse Rat eine parlamentarische Initiative, die das Parlament zur Gesetzgebung ohne Einbezug des Regierungsrates ermächtigt. Wer gehofft hatte, dies würde der endgültige Durchbruch für die Familienergänzungsleistungen sein, sah sich getäuscht. Eine Grossratskommission erarbeitete zwar eine Vorlage, beantragte aber gleichzeitig, die EL für Familien aus finanziellen Gründen nicht einzuführen. Dies, obwohl der Kommission bewusst gewesen ist, «dass Ergänzungs-

ericht über Stagnation

Zurück zur Suppenküche? Im Kanton Bern hat das Armutsrisiko in den letzten Jahren weiter zugenommen. Das Ziel, die Armut von 2009 bis 2019 zu halbieren, rückt mit der heutigen Sozialpolitik in weite Ferne.

leistungen wesentlich zur Reduktion der Armut von Familien beitragen können».

Stipendien statt Sozialhilfe

Es ist eine Binsenwahrheit, dass Personen mit geringen beruflichen Qualifikationen besonders armutsgefährdet sind. Ein angemessener sozialpolitischer Ansatz wäre daher der Ausbau des Stipendienwesens, mit dem Ziel, die berufliche Qualifikation der Bevölkerung zu verbessern. Die Zahlen illustrieren den Handlungsbedarf eindrücklich: Im Kanton Bern beziehen rund 5000 Personen zwischen 18 und 25 Jahren Sozialhilfe; 3500 von ihnen haben keine abgeschlossene Ausbildung. Zudem hat die Sparpolitik den Handlungsdruck verschärft: Verfügte der Kanton Bern bis 2002 über ein Stipendienbudget von 45 Mio. Franken pro Jahr, liegt dieses mittlerweile bei rund 26 Mio. Franken. Deshalb forderten die Grünen 2012 einen Ausbau des Stipendienwesens, um die berufliche Integration armutsgefährdeter bzw. armutsbetroffener Menschen zu verbessern. Der Grosse Rat überwies den Vorstoss immerhin als Postulat; inwiefern der Regierungsrat dem Prüfauftrag nun materielle Verbesserungen folgen lässt, ist derzeit noch offen.

Prämienverbilligungen für die Krankenkasse

Von grosser sozialpolitischer Relevanz sind schliesslich die Verbilligungen für die Krankenkassenprämien. Bereits heute ist es so, dass der Kanton Bern einer der Kantone mit der höchsten Prämienbelastung ist. Umso verheerender sind die Auswirkungen des vom Grossen Rat beschlossenen Abbaus: Mit der Kürzung des Budgets für die Prämienverbilligungen um 35 Mio. Franken streicht der Kanton Bern einem Viertel der heutigen BezügerInnen die Prämienverbilligung. Je nach Familienkonstellation bedeutet dies eine finanzielle Mehrbelastung von über 6000 Franken pro Jahr. Dies wird zu einer weiteren Zunahme der Armut führen.

Fazit

Das letzte Jahrzehnt muss für den Kanton Bern in sozialpolitischer Hinsicht als verlorenes Jahrzehnt gewertet werden. Nötige Investitionen in den Ausbau des Systems wurden verschoben oder verworfen – und bei bestehenden Angeboten wurden Leistungen gekürzt. Wenn der Kanton Bern die Armut wie geplant halbieren will, dann braucht es mehr und gezieltere Investitionen in das Sozialwesen. Dies würde sich nicht nur menschlich, sondern längerfristig auch finanziell lohnen.

Blaise Kropf, Grossrat Grüne,
Präsident Grüne Kanton Bern

Günstige Wohnungen statt fette Gewinne

Die Mieten steigen, einige Vereinzelte verdienen sich eine goldene Nase und die wenig verdienende Mehrheit wird verdrängt. Die Gentrifizierung hat auch Bern längst erreicht.

BewohnerInnen der Lorraine demonstrieren vor dem Rathaus gegen die zunehmende Gentrifizierung in ihrem Quartier.

Eine Wohnung mitten in der Lorraine: 3 Zimmer, 3000 Franken. Was nach einem Skandal klingt, steht so im Anzeiger. Das Gesicht des ehemaligen ArbeiterInnenquartiers hat sich längst verändert: Wo früher eine Kneipe stand, ziert heute ein hübsches Atelier die Häuserzeile. Die Wohnungsnot und die vielen sanierungsbedürftigen Häuser in der Stadt Bern bieten SpekulantInnen die Möglichkeit, viel Geld zu scheffeln. Menschen, die hohe Mieten oder Kaufpreise bezahlen, gibt es genügend. Eine im «Bund» (1.11.2013) veröffentlichte Studie zeigt, dass z.B. im Breitenrain die Preise für Eigentumswohnungen stetig steigen und dennoch immer KäuferInnen gefunden werden, meist sogar unter der Hand. Diese Entwicklung führt dazu, dass wenig Verdienende an den Stadtrand oder in die Agglomerationsgemeinden verdrängt werden. Eine Stadt nur für Reiche? Das GB wehrt sich dagegen!

Die Stadt Bern braucht einen kompletten Richtungswechsel in ihrer Wohnbaupolitik. Statt teuren Wohnraum zu schaffen (Centralweg!), muss sie konsequent auf sozialen Wohnungsbau und die Förderung von Genossenschaften setzen. Alle kommenden Projekte (Burgernziel, Viererfeld) müssen so geplant werden. Teuren Wohnraum zu kaufen oder zu vermieten, gehört nicht zur Aufgabe der öffentlichen Hand.

Doch selbst wenn die Stadt ihre eigene Wohnbaupolitik anpassen würde, hätte sie damit heute wenig Einfluss: Nur 3000 Wohnungen sind in ihrem Besitz. Es braucht daher auch eine Planung, die dem entfesselten freien Markt Grenzen setzt. Die Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» ist ein erster Schritt in diese Richtung: Wird sie angenommen (Abstimmung voraussichtlich nächsten Mai), darf bei allen Neu- oder Umzonungen ein Drittel des Wohnraums höchstens zum Preis des Aufwands des Eigentümers (Kostenmiete) vermietet werden.

Rahel Ruch, GB-Grossratskandidatin,
Mitglied leitender Ausschuss GB

aktions.

● **Aktiv die Zukunft mitgestalten**
Unterstützen Sie das GB mit einem Abo der grün.-Zeitschrift, einer Spende oder einer Mitgliedschaft: Sie bleiben am Ball und wir bleiben im Rennen um eine ökologische und soziale Zukunft.

Vorstösse | Erfolge

● Mit einer interfraktionellen Motion fordert die GB/JA! – Fraktion das Kundgebungsreglement anzupassen und Kundgebungen auch während den eidgenössischen Sessionen zu bewilligen. In jüngster Vergan- genheit wurden, gestützt auf das Kundgebungsreglement (Art. 6, Absatz 1a), mehrere Personen mit je 450 Franken gebüsst, weil sie auf dem Bundesplatz Aktionen durchführten. Besagte Aktionen bestanden im Wesentlichen lediglich darin, den vorbeigehenden NationalrätInnen Flugblätter zu verteilen und mit einem Transparent auf ein Anliegen aufmerksam zu machen. Dabei versammelten sich jeweils nur ca. 10–15 Personen. Die Flyeraktionen waren keineswegs als «Kundgebung» angelegt. Im Gegenzug werden auch während Sessionen immer wieder Grossveranstaltungen bewilligt, für die grosse Teile des Bundesplatzes während mehreren Tagen gesperrt werden. Die unterschiedliche Auslegung des Kundgebungsreglementes garantiert keine freie Meinungsäusserung und muss deshalb angepasst werden.

Dialog statt Repression – kein verschärftes Konkordat!

Rafael Ganzfried – Im März 2012 hat der Grosse Rat den Beitritt zum verschärften «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» beschlossen. Dagegen hat ein Komitee von PolitikerInnen und Fanorganisationen das Referendum ergriffen. Nun entscheidet am 9. Februar die Berner Stimmbevölkerung über den Beitritt zum verschärften Konkordat. Worum geht es bei der Abstimmung im Februar konkret?

● Beim neuen Konkordat handelt es sich um eine massive Verschärfung des interkantonalen «Hooligan-Konkordats», das bereits seit 2010 in Kraft ist. Das verschärfte Konkordat gibt der Polizei, den Behörden und vor allem auch privaten Sicherheitsdiensten Rechte, welche die persönliche Integrität von einzelnen MatchbesucherInnen untergraben: Angestellte privater Sicherheitsfirmen könnten alle unabhängig von einem konkreten Verdacht am ganzen Körper abtasten – also auch im Intimbereich. Damit werden elementare Grundrechte in einem freien Staat umgangen.

Rafael Ganzfried, GB-Grossratskandidat, Fanarbeiter von 2007 bis 2010 und Co-Präsident von Fanarbeit Bern, setzt sich für den Ausbau der sozio-professionellen Fanarbeit sowie gegen Gewalt und Rassismus im Fussball ein.

Das verschärfte Konkordat sieht vor, dass jedes Spiel der höchsten Fussball- und Eishockeyliga einzeln bewilligt werden muss. Im Zuge der Bewilligungspflicht könnten dabei spezielle Auflagen verhängt werden.

● Mit den zusätzlichen Auflagen werden nicht die tatsächlichen StörerInnen bestraft, sondern die grosse, friedliche Masse. Das Konkordat gaukelt beispielsweise vor, dass mit einem Alkoholverbot und einem Kombiticket die Gewalt automatisch abnehmen würde. Wer sich aber prügeln will, muss weder zwingend ins Stadion gehen, noch Alkohol trinken. Beim Fussballcupspiel Neuenburg gegen Aarau haben die Neuenburger Behörden diverse Auflagen verhängt (Anreise nur mit dem Bus, Ausweispflicht für alle Fan-Reisenden, Haltestopp des Fanbusses zwischen Aarau und Neuenburg, Polizeieskorte für den Bus, sofortige Rückreise nach dem Spiel). Daraufhin wurde die offizielle Fananreise von Aarau nach Neuenburg abgesagt, die Fans des FC Aarau reisten individuell an und kauften sich Tickets ausserhalb des Gästesektors. Die Fantrennung wurde verunmöglicht und die Polizeiarbeit dadurch erschwert.

An der Unterschriftensammlung haben sich zahlreiche Fanorganisationen beteiligt. Wieso?

● Delikte mit physischer Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen sind in den letzten zwei Jahren praktisch unverändert auf tiefem zweistelligem Niveau geblieben – und dies bei steigenden ZuschauerInnenzahlen. Die Fanorganisationen engagieren sich aktiv für die Reduktion von Ausschreitungen an oder am Rande von Fussball- und Eishockeyspielen. Vom verschärften Konkordat wären aber pauschal alle MatchbesucherInnen betroffen. Ich befürchte, dass weitere repressive Massnahmen die Stimmung innerhalb der Fanorganisationen kippen lassen. Moderate Gruppierungen würden von radikalen Kräften verdrängt, der konstruktive Dialog zwischen Fans, Fanarbeit, Clubs und Behörden verunmöglicht und die Selbstregulierung innerhalb der Fankurve verschwinden.

Welche Massnahmen bringen eine Verbesserung ?

● Wichtig ist aus meiner Sicht, dass vermehrt auf präventive Ansätze gesetzt wird. Dazu zählen der Ausbau von sozio-professioneller Fanarbeit und die Weiterführung des konstruktiven Dialogs zwischen Fans, Sportclubs, Fanarbeit, SBB und Behörden. Das bereits bestehende Konkordat bietet ein ausgezeichnetes Instrumentarium und muss nicht weiter verschärft werden.

Interview: Regula Tschanz, GB-Grossratskandidatin, GB-Stadträtin

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

● Sa, 18. Januar, Lorraine, Bollwerk
Tour de Lorraine
Die 14. Tour de Lorraine findet unter dem Motto «Hier baut das Quartier» statt. Anhand des Lorrainequartiers wird die Rolle der städtischen Politik, die der Investoren und, in einer (selbst)kritischen Auseinandersetzung, jene der linksalternativen Szene bei der Gentrifizierung beleuchtet. Ausserdem werden im Sinne des Mottos Gegenstrategien entwickelt.
Weitere Infos zu Inhalt und Konzerten unter www.tourdelorraine.ch

● Fr, 31. Januar, 18.00 – 21.00 Uhr, Bern
Die Grünen Kanton Bern stellen sich vor
Wer sind die Grünen und wofür engagieren sie sich im Kanton Bern? Was wollen sie mit ihren Initiativen zum Schutz des Kulturlandes und einem Verbot von Fracking erreichen? Wie kann man sich bei den Grünen engagieren? Diese und weitere Fragen werden an der Veranstaltung beantwortet. Offen für alle Interessierte.
Weitere Infos unter www.gbbern.ch

● 21. bis 28. März, Stadt Bern
Aktionswoche gegen Rassismus
Die diesjährige Aktionswoche befasst sich mit dem Thema der rassistischen Diskriminierung in der Arbeitswelt. Unter dem Titel «Job und Drumherum» werden an verschiedenen Orten Aktionen und Infoveranstaltungen durchgeführt. Auch von der Arbeitsgruppe Migration des GB.
Weitere Infos unter www.gbbern.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern.ch, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6 **Merci!**

● **Frauenpolitik**
13. Februar, Kontakt:
regula_buehlmann@bluewin.ch

● **Ökologie**
Kontakt: fragroba@gmx.ch

● **Internationales und Migration**
12. Februar, Kontakt: asancar@bluewin.ch

● **Wirtschaft**
Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

● **Bildungs- und Kulturpolitik**
21. Januar, Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch

● **Leitender Ausschuss**
12. Februar, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

● Am Mo, 17. Februar, findet ab 19 Uhr der nächste GB-Stammtisch im Restaurant O'bolles (Bollwerk 35, Bern) statt. Offen für alle Interessierte.

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und SympathisantInnen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Natalie Imboden, Sandra Julius, Johannes Künzler, Manuel Michel, Stéphanie Penher.
Fotos:
Monika Flückiger, Fabian Lütolf, Nilo Schmid.
Bild S.4: Albert Anker: Die Armensuppe in Ins II
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.15: 9. März 2014

schluss.

Stéphanie Penher, GB-Grossratskanditatin, Fraktionspräsidentin GB/JA!

Wehret den Anfängen – «Stopp Fracking!»

Das oberste französische Gericht bestätigte letzten Herbst ein Gesetz, das den Abbau von Schiefergas und Schieferöl verbietet. Geklagt hatten drei Firmen, deren Konzessionen für Sondierbohrungen zwei Jahre zuvor annulliert worden waren. Jetzt sieht sich der französische Staat mit Schadenersatzforderungen von mehreren Milliarden konfrontiert. Frankreich ist bisher das einzige europäische Land, welches ein generelles Fracking-Verbot erlassen hat. Der bernische Regierungsrat betrachtet die Förderung von Schiefergas zwar kritisch, sieht aber keinen Anlass, die Bewilligung zur Erdgasprospektion und -förderung vorsorglich zu verweigern. So hat er bereits zwei Konsortien (der Schweizerischen Erdöl AG und der Celtique Energie aus England) eine Bewilligung erteilt, um in weiten Teilen des Kantons nach Erdgas zu suchen. Heute braucht es für Probebohrungen eine Bewilligung und für die kommerzielle Erdgasförderung eine Konzession. Deshalb stellt sich der Regierungsrat auf den Standpunkt, die bestehenden Gesetze würden genügend Handhabe bieten, um eine Fracking-Bewilligung verweigern zu können. Warum lässt der Regierungsrat so viel Spielraum und riskiert damit einen Rechtsstreit wie in Frankreich?
Jetzt sind politische Weichenstellungen gefragt, um später langwierige Gerichtsprozesse zu vermeiden. Die «Stopp-Fracking-Initiative» der Grünen Kanton Bern löscht die brennende Kerze, bevor es zum Waldbrand kommt.